

POLITISCHER HINTERGRUNDBERICHT

Projektland: Republik Moldau

Datum: 5. Dezember 2014

Die Republik Moldau hat Europa gewählt Pro-europäische Koalition stellt weiter die Regierung

Die Parlamentswahl war im Vorfeld – zu Recht – zu einer Richtungswahl über den weiteren Weg der Republik Moldau stilisiert worden: Würde es der pro-europäischen Koalition um Premierminister Juri Leanca gelingen, die Früchte der erfolgreichen Annäherungspolitik an Europa der vergangenen Jahre zu ernten, oder würde es die linke Opposition erreichen, den in den vergangenen Monaten deutlich gestiegenen Druck aus Russland in eigene Wählerstimmen umzusetzen?

Darüber hinaus wurde die Wahl von einer weitreichenden Entscheidung der Obersten Wahlkommission überschattet: Am 26. November wurde die dem linken Lager zugerechnete Partei „Patria“ um den Unternehmer Renato Usatii von der Wahl ausgeschlossen. Gründe hierfür waren Unregelmäßigkeiten in der Parteienfinanzierung, die seit April dieses Jahres von der Staatsanwaltschaft untersucht wurden. Patria hätte nach Wahlprognosen zwischen 5 bis 10 % der Stimmen auf sich vereinigen können.

Am Freitag, den 5. Dezember 2014, hat die Zentrale Wahlkommission der Republik Moldau das offizielle Ergebnis der Parlamentswahlen vom 30. November bekanntgegeben: Es hat für die pro-europäische Koalition gereicht – und dies überraschend deutlich.

Wahlergebnis der Parlamentswahl vom 30.11.2014

(Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Moldau, <http://www.alegeri.md/en/> Zugriff 06. Dezember 2014)

Partei	Ergebnis in %	Sitze
Demokratische Partei Moldaus (PDM)	15.80%	19
Liberal-Demokratische Partei Moldaus (PLDM)	20.16%	23
Sozialistische Partei Moldaus	20.51%	25
Kommunistische Partei Moldaus	17.48%	21
Liberale Partei (PL)	9.67%	13

Die Wahlbeteiligung der rund 2,8 Millionen Wahlberechtigten lag bei 55,86 %.

Wie in der vergangenen Legislaturperiode, werden PLDM, PDM und PL eine Regierungskoalition bilden. Juri Leanca hat als Mitglied der PLDM und damit

Hanns-Seidel-Stiftung_Politischer Hintergrundbericht_Moldau_05. Dezember 2014

stärksten Partei innerhalb der Regierungskoalition gute Chancen, weiterhin Premierminister und Symbolfigur für die europäische Annäherung Moldaus zu bleiben.

Unter der Regierung Leanca hat die Republik Moldau ihre bislang sichtbarsten Erfolge in der Hinwendung zur Europäischen Union zu verzeichnen: Im Frühjahr wurde mit der Republik Moldau ein visafreier Reiseverkehr in die EU vereinbart; am 27. Juni 2014 wurde das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union unterzeichnet. Das Assoziierungsabkommen besteht aus dem sogenannten politischen Teil sowie dem wirtschaftlichen Teil zum DCFTA (Deep Comprehensive Free Trading Area, etwa: „vertiefte und umfassende Freihandelszone“).

Die Assoziierungsvereinbarung stärkt die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Republik Moldau zu den 28 EU-Ländern. Im wirtschaftlichen Teil sind engere Kontakte unter anderem für Handel und Energie vorgesehen, die der moldawischen Wirtschaft den Zugang zum EU-Markt mit 500 Millionen Verbrauchern sichert.

Der Weg zu diesem Assoziierungsabkommen war auch durch die zunehmende Einflussnahme Russlands geprägt. In unverhohlener Absicht, Moldau für die russisch dominierte „Eurasische Zollunion“ zu gewinnen, setzte Moskau Kischinau politisch und wirtschaftlich unter Druck. Trotzdem entschied sich Kischinau für das Assoziierungsabkommen mit der EU.

Obwohl die offizielle Politik in Brüssel dies vehement bestreitet, wird ein solches Assoziierungsabkommen gerne als erster Schritt in die EU-Mitgliedschaft interpretiert. Im Nachbarland Rumänien lagen zwischen dem Assoziierungsabkommen und EU-Beitritt „nur“ 13 Jahre.

Der Wahlkampf war durch die politische und gesellschaftliche Bruchlinie zwischen linken, pro-russischen Parteien sowie der pro-europäischen Koalition geprägt. Historisch wichtige Details, wie die Tatsache, dass der Kurs der europäischen Annäherung der Republik Moldau vom damaligen kommunistischen Premierminister Igor Voronin eingeleitet wurde, der bis heute Vorsitzender der Kommunistischen Partei Moldaus ist, wurden im Wahlkampf zugunsten pauschaler Blockideologien über Bord geworfen.

Es bleibt zu hoffen, dass es der zukünftigen Regierung in der kommenden Amtszeit gelingt, einen Ausgleich zwischen pro-europäischen und pro-russischen Kräften zu finden und den begonnen Weg der Reformen für eine nachhaltige, stabile und friedliche Entwicklung der Republik Moldau fortzusetzen.

Daniel Seiberling

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Bukarest, Rumänien.

IMPRESSUM

Erstellt: 05. Dezember 2014

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2014

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a. D.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de